

Pressemitteilung

Wien, am 8. Juni 2018

Schwarzmann zu GAP 2021 bis 2027:

„Mehr EU-Agrarmittel für Ländliche Entwicklung“

Österreichs Bäuerinnen fordern mehr Unterstützung bei der Umsetzung der Herkunftszeichnung von Lebensmitteln, bei Hofübergaben sowie bei der Weiterbildung im ländlichen Raum.

Jede Kürzung des EU-Agrarbudgets gefährdet die Zukunft unserer bäuerlichen Landwirtschaft in Österreich. Mit weniger Geld können unsere Bäuerinnen und Bauern nicht mehr Leistungen für Umwelt, Tierschutz und Klimaschutz erbringen. Von der Agrarpolitik ab 2021 erwarten wir, dass sie die Bürokratie einschränkt und gleichzeitig die Qualitätsproduktion bäuerlicher Landwirtschaft mit höheren Standards in der pflanzlichen und tierischen Produktion fördert. Gleichzeitig ist der schonende Umgang mit den Ressourcen ausreichend zu unterstützen. Österreichs Bauernfamilien können dieses hohe Niveau der Produktion nur mit einer finanziell ausreichen ausgestatteten Gemeinsamen Agrarpolitik halten“, betonte Andrea Schwarzmann, Vorsitzende der ARGE Österreichische Bäuerinnen in der LK Österreich, zum vorliegenden Entwurf der EU-Agrarpolitik 2021 bis 2027.

Weniger Bürokratie und flexiblere Förderungen

Österreich müsse als EU-Mitgliedstaat genug Spielraum haben, den neuen EU-Regeln entsprechend auf die Bedürfnisse der österreichischen Bauernfamilien besonders einzugehen und die ausufernde Bürokratie wirksam abzubauen. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um eine klein strukturierte Landwirtschaft mit vielen Berggebieten am Leben zu erhalten. Innovative Projekte von Frauen in der Landwirtschaft, die zur Entwicklung der Regionen beitragen, dürfen nicht an einer Fördermindstgrenze scheitern. Hier brauchen wir mehr Spielraum bei der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Darüber hinaus würden die vorgesehenen Kürzungen im Bereich der Ländlichen Entwicklungen generell wichtige Bildungsprojekte speziell für Frauen am Land gefährden“, unterstrich Schwarzmann.

"Die neue EU-Agrarpolitik braucht mehr Lenkinstrumente, um Preis- und Marktsprünge zu verhindern und das bäuerliche Einkommen und Konsumentenpreise zu stabilisieren. Auch

die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels sind künftig mehr zu fördern und auszubauen. Mit weniger Geld im EU-Agrarbudget kann das sicher nicht gelingen", stellte Schwarzmann weiter fest.

Hohe Lebensmittelstandards sichern

„Der bäuerliche Familienbetrieb mit der Bäuerin als Partnerin und Unternehmerin wird künftig attraktiv bleiben, wenn das Berufsbild und die Leistungen der Landwirtschaft auch von Menschen außerhalb gesehen und wertgeschätzt werden. Das öffentliche Geld ist kein Geschenk an die Bäuerinnen und Bauern. Österreichs Bauernfamilien decken den Tisch, pflegen die Landschaft und sichern unsere Lebensgrundlagen in Natur und Umwelt. Es gibt viele Gründe, weswegen Bäuerinnen und Bauern öffentliche Mittel erhalten. Österreichs Bäuerinnen haben Verständnis für eine schwierige budgetäre Situation auf EU-Ebene. Die Vielfalt der bäuerlichen Landwirtschaft und der Regionen ist zu erhalten. Kürzungen in der Ländlichen Entwicklung, ohne Rücksicht auf nationale Gegebenheiten, lehnen wir daher entscheiden ab“, unterstrich die Bundesbäuerin abschließend.

Kontakt LK-Pressestelle: Ludmilla Herzog MAS, 01/53441-8522, e-mail: l.herzog@lk-oe.at

Kontakt ARGE Österreichische Bäuerinnen: DI Michaela Glatzl, MA, 01/ 53441-8517, e-mail: m.glatzl@lk-oe.at